

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Sackmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
loftet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschriften oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittelnach 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 10. April. Der Kaiser hat, wie bereits gemeldet, gestern früh Venedig verlassen. An Bord des „Moltke“ verabschiedeten sich Kaiser Wilhelm und Königin Humbert von einander. Der Kaiser umarmte und küßte mehrmals den König und drückte dem Herzog von Abruzzo und dem Minister Bissolati herzlich die Hand. Der Kaiser bedankte sich für den Empfang seitens der Behörden und der Bevölkerung. Um 9½ Uhr ging S. M. E. „Moltke“, begleitet von der Yacht „Christiane“, in der Richtung auf Abbazia. Königin Humbert, der Herzog von Abruzzo und Minister Bissolati folgten um 11¼ Uhr an Bord des „Vittorio“ nach Venedig zurück und begaben sich in das königliche Palais.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Der Abgeordnete Seiffarth-Wegeberg hat am Sonntag in allgemeiner Gastfreundschaft, einem guten Personum folgend, seine Fraktionsgenossen zu einem Kiebesmahl um sich versammelt. Diefelben hatten dem Ruf überaus zahlreich Folge geleistet und in heiterer Stimmung, gewürzt durch kräftige Trinksprüche, verlief das Festmahl. Unter den Gästen befand sich auch der Finanzminister Dr. Miquel, der sich in geistvoller und anregender Unterhaltung über seine frühere und gegenwärtige Stellung zu der national-liberalen Partei und mancherlei Aufgaben im heutigen Staatsleben verbreitete und in warmen Worten der vieljährigen politischen Wirksamkeit des leider abwesenden Herrn v. Bennigsen gedachte.“

Abg. Hirschel (Reformpartei) hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, mit Rücksicht auf die überall in den beteiligten Kreisen herrschenden Klagen über die Unzulänglichkeiten, die durch die Verschiedenheit der Gesetze über die Gewerbeleistung (Währschaft) beim Verkauf von Pferden, Rindvieh, Schafen und Schweinen in den einzelnen Bundesstaaten hervorgerufen werden, die verbundenen Regierungen zur thunlichst baldigen Vorlegung eines Reichsgesetzes zu ersuchen, das die Gesetzgebung namentlich bezüglich der Aufhebung der Hauptmängel selbst, wie auch der Dauer der Gewährzeit einheitlich regelt.“ Der Antrag trägt folgende Unterabteilungen: Dr. Böckel, Windelwald, Werner, Zimmermann, Händchen, Köpfer, Dr. Förster, Hilpert, Klemm (Dresden), Loh, Kießer (Weiden), Gräfe, v. Pögg, Dr. Dahn.

Auch in der freiconservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses begegnet der vom Herrenhaufe angenommene Gesetzentwurf über die Abänderung der evangelischen Kirchenverfassung erheblichen Bedenken, wie die „Post“ erklärt. Das Blatt bemerkt hierzu:

„Ein Mißbrauch (im Sinne der Verengung der Minderheiten) wird in manchen Kreisen gefürchtet; auch sind von kirchlich sehr einflussreichen Stellen Äußerungen gefallen, von welchen auf solche Mißbräuche geschlossen werden könnte. Wenn auch mit der Staatsregierung vertraut werden darf, daß die General Synode etwaigen Beschlüssen solcher Art sich unangenehm (?) erweisen wird, so hat sie eine Probe nach dieser Richtung doch nicht zu bestehen gehabt. Wohl aber wird die General Synode demnach bei der Behandlung der Agenda zeigen können, daß Gewissens- und Gemeindefreiheit von ihr in vollem Maße gewahrt und geschützt werden. Wird die Agendafrage im Sinne der von der Mittelpartei gestellten Anträge erledigt, so wird die Vereinigung, welche heute in weiten Kreisen der evangelischen Bevölkerung herrscht und durch den vorliegenden Gesetzesvorschlag noch weiter gesteigert wird, schwinden und daher die anderweitige Abgrenzung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche vorgenommen werden können, ohne die jetzt sicher zu erwartenden Versäumnisse und Beunruhigungen hervorzurufen. Und zwar umso mehr, als alsdann zugleich erwartet werden dürfte, daß, wie vom Staate, so auch von kirchlicher Seite die Regelung als Abschluß und nicht als bloße Abschlussschuldung angesehen werden wird. Erwägungen dieser Art sind es, welche in der freiconservativen Fraktion ernste Bedenken gegen die Opportunität einer derzeitigen Regelung hervorrufen.“

Seit dem 20. März d. J. genießen die Produkte folgender Staaten bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet volle Freibeit: Argentinische Republik, Belgien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Ägypten, Frankreich (einschließlich der Kolonien und des Fürstentums Monaco), Griechenland, Großbritannien (einschließlich der Kolonien), Guatemala, Hawaii, Honduras, Italien (einschließlich San Marino), Korea, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, die Niederlande (einschließlich der Kolonien), Österreich-Ungarn (einschließlich Bosnien, Herzegowina und Vojvodina), Paraguay, Persien, Rumänien, San Salvador, Schweden und Norwegen, die Schweiz, Serbien, Transvaal, Türkei, Vereinigte Staaten, San Salvador, Nikaragua, deutsche Kolonialgebiete (einschließlich Helgoland), Kolonien und Schutzgebiete.

Mit Spanien besteht bis 15. d. M. ein provisorisches Handelsabkommen, da der am 8. August 1893 abgeschlossene Handelsvertrag noch nicht ratifiziert ist. Der deutsch-spanische Handelsvertrag bestimmt die Freibeitigung für die beiderseitigen Waren- und Gewerbezweige, wie sie in den vereinbarten Konventionen festgelegt sind.

Mit Kolumbien und Uruguay sind Handels- und Handelsverträge bereits abgeschlossen, aber noch nicht ratifiziert.

Mit Portugal bestand bis 1. Februar 1892 ein Handelsvertrag vom 2. März 1872. Das Verhältnis zu diesem Staate ist zur Zeit vertraglos; jedoch sind Vertragsverhandlungen angedacht.

In allen genannten Ländern genießen deutsche Waren die Freibeitigung, ferner in China, Japan und Siam. Endlich bestehen mit Samoa und Togo Handelsverträge, die dem deutschen Reich Freibeit sichern.

Verschiedentlich ist von Gerichtsvollziehern eine Entscheidung der Regierung dahin gewünscht, daß bei Gemeindefürsorge, welche aus mehreren Ortschaften bestehen, als Wohnort des Beamten nicht der Gemeindefürsorge, sondern die spezielle Einzelortsgemeinde anzusehen ist und daß als Aufnahmestützpunkt bei Ausübung von Dienstreisen sowohl in den Staatsdienstverhältnissen, als auch in den Reichsdienstverhältnissen dieses Bezirksgebietes zu gelten habe. Die Einkommen der Gerichtsvollzieher verschiedener Ortschaften würden dadurch gehoben werden. Die Regierung wird

jedoch auf dieses Verlangen wahrscheinlich nicht eingehen, da die Aufsichtverwaltung der Ansicht ist, es müßte die Grenze des Wirkungsbereiches eines Gemeindefürsorge als der Ausgangspunkt angesehen werden, von dem aus Reisekosten gewährt werden. Durch diese Stellungnahme der Regierung wird ein Interesse um so weniger verfehlt, als es sich bei den in Betracht kommenden Gemeinden um Ortschaften handelt, in denen die Gerichtsvollzieher schon gegenwärtig recht beträchtliche Einnahmen haben.

Die Berufsvereinigungen bringen hauptsächlich die Deckung ihrer Kosten in der Weise auf, daß sie die Höhe der Beiträge nach den im betreffenden Jahre von den einzelnen Betriebsunternehmern gezahlten Lohnsummen und nach der Gefahrenhöhe des Betriebes berechnen. Die Lohnsummen sind jährlich verschieden, die Gefahrenhöhe wird an der Hand eines Gefahrenrisiko gemessen. Dieser Gefahrenrisiko war bei der Mehrzahl der Berufsvereinigungen im Beginn ihrer Tätigkeit wenig ausgebildet. Es konnte das auch nicht anders sein, weil zu wenig Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung vorlagen und statistische Daten, die der Ausarbeitung der Gefahrenrisiko hätten zu Grunde gelegt werden können, so gut wie gänzlich vorhanden waren.

Mit der Zeit ist dies jedoch anders geworden. In dem nunmehr fast neunjährigen Zeitraum, in welchem die Berufsvereinigungen ihre Tätigkeit ausüben, hat sich ein solches statistisches Material sammeln lassen, welches namentlich für diejenigen Berufsvereinigungen einen großen Umfang angenommen hat, die wie Eisen- und Textilindustrie in recht viele Berufsvereinigungen geteilt sind. Auf Grund dieses Materials haben die Berufsvereinigungen auch bereits mehrfach ihre anfänglichen Gefahrenrisiko umgeändert. Aus den mitunter recht weichen Unterstellungen zwischen den Gefahrenhöhen der einzelnen Branchen sind jetzt schon mehrfach recht viele geworden. So umfaßt beispielsweise der neue Gefahrenrisiko der Papierverarbeitungs- Berufsvereinigungen 23 Gefahrenklassen mit den Gefahrenhöhen von 6 bis 250. So außerordentlich verschieden ist die Unfallgefahr in den zu einer Berufsvereingung gehörenden Betrieben. Es kommt aber weniger auf die Menge der Gefahrenklassen als darauf an, daß die Unterstellungen im Gefahrenrisiko genau den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend vorgenommen werden. Das kann nur auf Grund einer langjährigen Statistik erreicht werden. Diefem Ziele haben sich viele Berufsvereinigungen schon gewandt und es ist nur zu wünschen, daß diejenigen, welche ihre gemeinsame Statistik nicht für ihren Gefahrenrisiko nutzbar gemacht haben, dies baldigst nachholen. Es ist einer der Vorräte gerade der beruflichen Gliederung der Unfallversicherung, daß die Unfallgefahrenhöhen genau berücksichtigt werden können.

Bochum, 9. April. Der Abgeordnete Dr. Vöcker veröffentlicht in der „Westfälischen Zeitung“ in Entgegnung der gegen ihn in einem Teil der Zentrumsblätter erfolgten Angriffe eine Erklärung, in welcher es unter anderem heißt: „Und was war mein Verbrechen? Ich stellte den russischen Handelsvertrag Eden gleich. Daß man ihn unmittelbar im offenen Reichstage das innere Jena genannt hat, das weiß man nicht oder verschweigt man. Trotzdem ich bei meinem Vortrage es nicht unterlassen habe, die von mir gewählte Bezeichnung als Antwort auf diese größte Schmach, die einem preussischen Könige und Soldaten ins Gesicht geschleudert werden kann, zu markieren. Von einem Einbringen in meinen Beweggrund keine Spur, nicht eine Abnung von der Leitmotivation der ganzen jüngsten Zentrums-Politik. Wir hatten mehr nach Juba und Rom als in Berlin nach dem Schloß und der Wilhelmstraße hin den Beweis zu führen, daß wir im neuen Reichstage nicht die demokratische Partei des nackten unfruchtbaren Widerstands seien.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 6. April. (Magdeb. Ztg.) Ich will Ihnen keine biographischen Daten über den gestern plötzlich aus dem Leben abgerufenen Führer der Deutschen Böhmens senden, sondern nur einige Worte der Würdigung dieses politischen Mannes, dessen Bedeutung und Wichtigkeit kaum in allen Teilen Österreichs, geschweige in Auslande voll erkannt werden kann. Franz Schmeykal, vermögte seines Geistes, seiner Charaktereigenschaften und seiner glänzenden Rednergabe herzu, eine der ersten Rollen im Staate zu spielen, hat in seiner Beiseidenheit niemals eine solche angestrebt, er, der Minister hätte sein können, nahm nicht einmal ein Mandat in den Reichsrath an. Dem deutsch-böhmischen Volke allein, der Festhaltung seiner nationalen Stellung im Lande war seine Lebensaufgabe gewidmet, und darum beschränkte er sein politisches Wirken auf das engere Heimatland, auf die Stammesgenossen in Böhmen, die ihn zu ihrem Führer erbohen. Doch so wie das Schicksal der Deutschböhmen untrennbar verknüpft ist mit dem Schicksal aller übrigen Deutschen Österreichs, so griff auch Schmeykals Tätigkeit, wenn auch indirekt, über die Grenzen Böhmens hinaus und diente dem gesamten Deutschthum wie nicht minder dem liberalen Gedanken zur Stütze. Man hat Schmeykal den „böhmisches Deut“ genannt. Er verdient in der That vollumfänglich dem berühmten ungarischen Patrioten verglichen zu werden. Er besaß dieselbe Grabschheit und Offenheit des Charakters, dieselbe unbegrenzte Liebes- und Frierensliebe und weise Mäßigkeit, dieselbe Anpruchslosigkeit und Bescheidenheit, die ihn, einen Mann, der die höchsten Ehrenstellen hätte erlangen können, ohne jede äußere Auszeichnung ordentlich und titellos ins Grab steigen ließ. Der Tod eines solchen Mannes wäre zu allen Zeiten für die Deutschen Österreichs ein schmerzlicher Verlust gewesen, in diesem Augenblicke jedoch ist er ein herber Schicksalsschlag und kann von weittragendem, nicht eben verheißungsvollem Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in der nächsten Zeit sein. Es bestehen ja seit Langem unter den Deutschen Böhmens wie unter den Deutschen der anderen Kronländer — wo wären Deutsche einig? — Unterfränkungen national-rassistischer Natur. Diese sind unablässig zu machen, die Einigkeit der Partei allen Verheißungen entgegen zum Trotz aufrecht zu halten, dazu war Niemand geeigneter und berufter als Schmeykal. Das hohe Ansehen, das er im ganzen Lande genoss, der Zauber seiner milden Persönlichkeit hielt die Unterfränkungen im Zügel und machte die Wut der Widerfränkungen unschädlich. Wie

wird das jetzt werden, da Schmeykal tot und seine warnende Stimme für immer verstummt ist? In der ganzen deutsch-böhmischen Partei ist, nachdem Herr v. Vöcker in den Rath der Krone berufen ward, kaum ein Politiker zu finden, der Schmeykal zu ersetzen im Stande wäre. Schmeykal giebt sich neuesten unter den Deutschen Böhmens wie ganz Österreichs mangelnde Unzufriedenheit kund über die Koalition, von der man nicht ganz ohne Grund zu fürchten beginnt, daß sie den Fortschritten des Slaventhums und des Merkantilismus nicht genügend Einhalt zu thun im Stande sein wird. Franz Schmeykal war der Mann, der Autorität genug besaß, um einerseits auf die ungelieblichen Elemente in der Partei mächtig zu wirken, andererseits den Vertretern der Deutschen im Koalitionskabinet mit weitem Muth die Grenze zu bezeichnen, bis zu der sie im Schooße der Regierung gehen dürfen, ohne die Grundsätze des Liberalismus in Gefahr zu bringen und das Vertrauen des deutschen Volkes zu verlieren. Ein solcher Mann fehlt jetzt in Böhmen, fehlt im ganzen Reich und die deutsch-liberalen Minister werden doppelte Weisheit nöthig haben, doppelte Vorsicht in allen ihren Aktionen walten lassen müssen, wenn die Einigkeit in der deutsch-liberalen Partei anhalten und der Koalitionsgefahr nicht alsbald Schiffbruch leiden soll.

Wien, 9. April. In der Wienerberger Ziegelfabrik haben heute 3000 Arbeiter, welche Erhöhung der Löhne verlangen, die Arbeit niedergelegt.

Prag, 9. April. Das Exekutiv-Komitee der deutschen Landtagsabgeordneten berathete an Stelle von Schmeykal provisorisch einen Auschuß von fünf Mitgliedern mit der Leitung der deutschen Partei Böhmens. Zum Obmann des Exekutiv-Komitees und des Auschusses wurde Ludwig Schleifinger gewählt.

Prag, 9. April. Heute endlich war der Tag jener großen Abrechnung, welche die äußerste Linke anlässlich der Kofschuthfrage in Aussicht gestellt hat. Thatsächlich verlief die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses sehr bewegt, und noch bewegtere Sitzungen sind zu erwarten. Heute wurde bloß über das Verhalten des Präsidenten verhandelt. Die dieser Gelegenheit betrug in namentlicher Abstimmung die Mehrheit der Regierung 67 Stimmen, so daß es ganz unabweislich ist, daß die Regierung in der Kofschuthfrage stützen werde, wenn auch in den nächsten Tagen in dieser Richtung noch große Aufregungen zu erwarten sind. Die Gefahr liegt auch nicht da, sondern darin, daß die ultramontane Gruppe der äußersten Linken die Gelegenheit benützt, diese unfruchtbare Erörterung so in die Länge zu ziehen, daß für die Einzelberatung des Gesetzes vor den Delegationen keine ausreichende Zeit bleibt und in Folge dessen die Vorlage bis zum Oktober verlagert werden muß, was sehr gefährlich wäre. Positively gelangt es der Regierungspartei und der freisinnigen äußersten Linken, diesen Mißbrauch von Kofschuth Namen zu hindern und die bevorstehende durchzuführen. Die heutigen Vorgänge spielen sich so ab: Die Sitzung begann mit einer halb komischen Erörterung. Der Präsident hatte eine Anordnung über den Aufenthalt der Journalisten in den Wandelgängen erlassen; die Journalisten widersetzten sich, worauf der Präsident nachgab. Die äußerste Linke griff den Präsidenten und die Presse an, worauf Dr. Welsche in den anerkanntesten Worten der Presse sprach und betonte, das Parlament müsse das Selbstbewußtsein der Presse achten. Die Mehrheit billigte das Vorgehen des Präsidenten und der Journalisten. Dann kam die Kofschuthfrage an die Reihe. Präsident Baron Banffy, wegen dessen Fernbleiben von Kofschuth Begründung die äußerste Linke sehr erregt ist, verlas den Dankbrief der beiden Söhne Kofschuth für die Beileidstundgebung des Abgeordnetenhauses. Sodann erstattete er Bericht über die Theilnahme des Hauses an der Leichenfeier. Als er sagte, daß unaussprechliche Obliegenheiten ihn selbst verhindert hätten, wurde er von der äußersten Linken mit ironischen Zuschnitten unterbrochen. Abg. Potisky sagte im Namen der Partei, daß der Präsident die Beileidstundgebung des Hauses nicht in dessen Sinne ausgeführt habe. Die Beileidstundgebung des Präsidenten sei die Beileidstundgebung eines bösen Gemüthes gewesen. Potisky tadelt ausföhrlich die Haltung des Präsidenten, der noch nicht zum Bewußtsein seiner hervorragenden Würde und seiner besonderen Pflichten gelangt sei, und beantragte eine Mißbilligungsumgebung des Hauses gegenüber dem Vorgehen des Präsidenten. Der Präsident verwahrte sich gegen die Unterstellungen Potiskys und erklärte, sich bewegt zu sein, daß er dem Beschlusse des Hauses getreulich nachgekommen sei. Abg. Welsch sagte namens der Nationalpartei, der Präsident sei jenseitig befreit gewesen, der Pietät des Hauses zu Gunsten der Kofschuth gegen die Krone etwas abzugeben, aber die Pietät für Kofschuth stehe nicht im Widerspruch mit der Treue für den König. Baron Banffy habe das Recht, die Verhandlungen des Hauses zu leiten, vollständig bewirkt. Nachdem sich noch Herrmann für den Antrag Potiskys ausgesprochen hatte, ergriff Dr. Welsche das Wort, um festzustellen, daß Präsident Banffy nicht, wie die Opposition behauptet, in Gemäßheit einer Regierungsweisung, sondern seiner eigenen Ueberzeugung folgend gehandelt habe. Darüber könne das Haus nicht urtheilen, ob das Beileidstundgebung des Präsidenten warm genug gewesen sei. Daß der Präsident nicht persönlich an dem Begräbnis theilnehmen können, habe er schon von vornherein jedem mitgetheilt. Auch sei bekannt gewesen, daß der Präsident die Abordnung persönlich nach Turin zu führen nicht in der Lage sein werde. Es sei kein Grund, jetzt deshalb Beschwerden zu erheben. Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung wurde die Mißbilligungsumgebung mit 67 Stimmen Mehrheit abgelehnt und das Vorgehen Banffys gutgeheißen. Für morgen sind neue Zwischenfälle in anderer Gestalt in Aussicht: sie offenbaren die Absicht, die oppositionellen Anhänger der Zivilen der Regierung zu entfernen. (Voss. Ztg.)

Belgien.

Der von der belgischen Staatsbahnverwaltung in Gemeinschaft mit einer Privat-Schiffahrtsgesellschaft gemachte Versuch direkter Frachtbefrie für belgische Erzeugnisse nach den Levante-Verträgen seit dem 1. Januar d. J. soll sehr befriedigende Ergebnisse geliefert haben, die sich noch allmählich glänzender gestalten, und das, ungeachtet die direkten Frachtbefrie nur für Sendungen bis zum Maximalgewicht von 2000 Kilogramm gelten. Der Wunsch der Antwerpen-

Handelskreise geht nun dahin, den direkten Tarif, wie es auch in Hamburg der Fall ist, für sämtliche Sendungen ohne Gewichtsgrenze einzuführen, und soll die belgische Regierung diesem Wunsch zu willfahren geneigt sein.

Frankreich.

Paris, 9. April. Aus Buenos-Ayres wird gemeldet: Nach einem hier verbreiteten Gerücht sind 40 Brasilianer von den portugiesischen Schiffen, welche sie an Bord genommen hatten, nach dem Lazareth auf der Insel Martin Garcia gesteuert. Andererseits verlautet, daß Salobanba und die anderen brasilianischen Offiziere sich heimlich nach Rio Grande begeben hätten.

Italien.

Rom, 9. April. Die Budget-Kommission erörterte heute die Relation Dellosso über den Marineetat. Obwohl Dellosso selbst als General Afan, Oberst Pais und andere Reuter riefen dringend von einer weiteren Schwächung der Flotte ab. Daraus beschloß die Kommission, vor einer Entscheidung den Finanz- und Marine-Minister um ihre Ansicht zu befragen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 6. April. In der Eröffnungs-sitzung der Cortes, welche vorgestern stattfand, gab der Ministerpräsident Sagasta im Namen des neuen Kabinetts die Erklärung ab, daß das Ministerium die Politik seiner Vorgänger fortsetzen werde. Daraus brachte der Justizminister einen Gesetzentwurf zur Unterdrückung des Anarchismus ein. Wir lassen hier kurz die wichtigsten Paragraphen dieses Entwurfs folgen: Wer mittels Explosivstoffe einen verbrecherischen Anschlag gegen Personen oder Gebäude unternimmt, soll mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Galeerenstrafe belegt werden, wenn durch die Explosion auch nur eine einzige Person getödtet oder verwundet wird. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, der Explosivstoffe in die Nähe von Gebäuden oder Orten bringt, die irgend einer Person Schaden zufügen könnten. Verbrecher, die in obiger Kategorie nicht begriffen sind, vor allem solche, die einen Anschlag ausführen, bei welchem Personen nicht getödtet oder verwundet werden, sollen mit Galeerenstrafe bestraft werden, deren Höhe je nach der Schwere des Verbrechens bemessen wird. Mit derselben Strafe werden Individuen bedroht, die im Besitze von Explosivstoffen gefunden werden, über deren Herkunft sie keine genügende Rechenschaft ablegen können; auch der Verkauf von Substanzen, die zur unerlaubten Herstellung von Explosivstoffen dienen, wird streng bestraft. Die anarchistische Propaganda oder Verleitung von Verbrechen in irgend einer Form wird mit Zuchthaus bestraft; gleichfalls mit Zuchthaus werden Mitschuldige anarchistischer Verbrecher bestraft. Anarchistische Vereine werden für ungesetzlich erklärt und sofort von der Polizei aufgelöst. Schon die bloße Zugehörigkeit zu einem anarchistischen Vereine ist strafbar.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 9. April. Der Korrespondent verschiedener schwedischer Provinzialblätter, welcher die Gerüchte über die Verleumdung des Kronprinzen von einem bewaffneten Einfall in Norwegen verbreitet hatte, hat dem norwegischen Staatsminister in Stockholm erklärt, daß diese Mißtheilung auf einem leichtfertigen Gerüchte ohne zuverlässigen Gewährsmann beruht und sich als jedes Grundes entbehren erwiesen hat.

Großbritannien und Irland.

London, 9. April. Unterhaus. Der Parlamentssekretär im Kolonialamt Burton erklärte, der Kanzler der Schatzkammer Harcourt werde Donnerstag die Entscheidung der Regierung über Uganda mittheilen. Der Reichspräsident der Regierung Charles Russell erwiderte auf eine Anfrage, es seien keine ernstlichen Differenzen mit Amerika über die Behringsee existieren, sondern nur unbedeutende Meinungsverschiedenheiten. Harcourt beantragte, daß für den Rest der Session die Diensttage den Regierungsvorlagen vorbehalten und an den Freitagen Vorgesprächen anberaumt werden. Zur Begründung seines Antrages führte der Minister die vorgerichtete Jahreszeit und den Stand der Regierungsvorlagen an. Das Haus habe zu entscheiden, ob es bereit sei, der Regierung die Zeit zu gewähren, die absolut notwendig sei für die Erfüllung der Pflichten, welche die Mehrheit des Hauses und des Landes ihr auferlegt habe. Balfour bekämpfte diesen Antrag; er glaube aber nicht, daß die Regierung bei dieser Gelegenheit scheitern werde. John Lubbock bemerkte, er könne den Antrag nicht unterstützen, wenn er nicht die Versicherung erhalte, daß die Vorlage, betreffend die ermittelten Pächter, in den Vordergrund gestellt werden werde. Der Chefsekretär für Irland, John Morley, lehnte es ab, eine solche Versicherung abzugeben.

London, 9. April. In der heutigen Gerichtssitzung in der Angelegenheit des Newzealand-Handelsabkommens wurde der Präsident des Handelsabkommens als Zeuge vernommen. Derselbe sagte aus, daß er 1870 die Stellung eines Direktors bei der Gesellschaft übernommen, dieselbe aber 1892 in Folge seiner Ernennung zum Präsidenten des Handelsabkommens niedergelegt habe. Sein Antheil an dem Kapital der Gesellschaft habe zwischen 100 und 1000 Aktien geschwankt. Bei dem Ausgange aus derselben habe er 550 Aktien beibehalten, welche er vor der Liquidation verkauft habe, weil er der Ansicht gewesen sei, daß ein Mitglied der Regierung kein pekuniäres Interesse an einem derartigen Unternehmen haben solle. Bis 1879 habe er nicht gehört, daß in den Propositen irgend eine unrichtige Angabe enthalten gewesen sei, er habe dieselben nicht für unrichtig und irreleitend, wohl aber für zweideutig gehalten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. April. Den Verhandlungen des gestern in Berlin eröffneten deutschen Zimmungs- und allgemeinen Handwerktages wurden folgende vom Ausschuss vorgeschlagene Erklärungen zu Grunde gelegt:

1. Der deutsche Zimmungs- und allgemeine Handwerktag erblickt in den „Vorschlägen“ des Herrn Ministers Fejrn von Verlepp die Anerkennung des wichtigen Grundsatzes, daß sich die Organisation des Handwerks nur auf Grundlage des Zwanges aufbauen kann, empfiehlt aber dem deutschen Handwerktage, an der zu erwartenden Neuorganisation nur mitzuarbeiten, wenn

a) durch dieselbe das Zimmungsweien nicht nur als die korporative Unterlage erhalten, sondern organisch fortgebildet wird; b) der Meistertitel und damit auch die Meisterwürde den gebildeten Gesellen Schutz erfährt, so daß der Meisterstand innerhalb der Organisation den maßgebenden Einfluß ausüben vermag; c) in ihr die deutsche Zimmungsverbände als die nationale sachliche Zusammenfassung der Angehörigen des einzelnen Handwerks die wünschenswerthe Vertretung und Stärkung finden; d) die in den „Gegen-vorschlägen“ in Bezug auf alle diese Punkte überhaupt aufgestellten Grundsätze in die Gesetzgebung übergeführt werden.

2. Nach Sicherung der vorstehenden Forderungen erklärt der deutsche Zimmungs- und allgemeine Handwerktage, den thatsächlichen Verhältnissen unseres Gewerbesystems insofern Rechnung zu tragen und ist damit einverstanden, daß die Korporationen des Handwerks für einen fest zu bestimmenden Zeitraum bezugs Schaffung der Zwangsorganisation während der Periode des Ueberganges für alle auf Grund der Gewerbefreiheit bestehenden und von dem neuen Gesetze betroffenen Betriebe in den einzelnen Gewerbezweigen unter Aufhebung jeder Aufnahmebedingung sich öffnen. Nach Ablauf dieser Uebergangszeit soll der „Besitznachweis“ sowohl für den Eintritt in die obligatorische Zimnung, als auch für den Beginn eines einschlägigen Gewerbebetriebes voll und ganz zur Geltung gebracht werden.

Der deutsche Zimmungs- und allgemeine Handwerktage erblickt in der durch die „Vorschläge“ in Aussicht gestellten Errichtung obligatorischer Handwerktagekammern die prinzipielle Erfüllung einer langjährigen Forderung des deutschen Handwerks, wünscht aber, daß in dem bezüglichen Gesetzentwurf die in den vom Berliner Zentral-Ausschuß der vereinigten Zimmungsverbände Deutschlands und der Münchener Vorparlament des allgemeinen deutschen Handwerktages ausgearbeiteten „Gegen-vorschlägen“ enthaltenen Gesichtspunkte Berücksichtigung finden, da nur dann die Handwerktagekammern geeignet erscheinen, in allen das Handwerk betreffenden Fragen und gesetzgeberischen Maßnahmen daselbst in gebührender Weise zu vertreten; andererseits sich der Zimmungs- und Handwerktage im Interesse der Selbstständigkeit der Zimmungen und ihrer geistlichen Weiterentwicklung gegen die Einführung jeder dergleichen Institution auszusprechen müssen.

Ein belagender U n g l ü c k s f a l l ereignete sich am Sonntag Vormittag in der Friedrichstraße bei S c h w e d t. In der dortigen königlichen Forst unterthan um die gedachte Zeit der Kenteant v. Gölser von den Schwedter Dragonern einen Spazierritt, wobei er zahlreiche Hindernisse in den vom Sturm gebrochenen Bäumen zu überwinden hatte. Als der Offizier wieder eine solche natürliche Schranke nehmen wollte, glitt das Pferd mit den Vorderfüßen ab, weshalb er dem Thiere die Sporen gab und in einem nochmaligen Anlauf hinüberzukommen versuchte. Das Pferd scheute aber, ging durch und schleuderte dabei den Reiter so heftig gegen den Baumstamm, daß dem Offizier der Brustkasten eingebrückt wurde. Der junge Mann wurde später bewußtlos aufgefunden und in ein nahe bei der Forst gelegenes Sommerlokal gebracht, wo es durch Einfließen von Branntwein gelang, ihn ins Leben zurückzuführen. Der schwer Verletzte vermochte noch im Garnison-Lazareth zu Schwedt, wohin man ihn alsbald überführte, die Einzelheiten des Unfalles anzugeben; etwa eine Stunde später erlosch ihn der Tod von seinen qualvollen Leiden. Der so früh aus dem Leben Geschiedene zählte erst 22 Jahre, er war ein Neffe des früheren Kultusministers, jetzigen Oberpräsidenten v. Gölser.

Auf einem dem Fabrikanten Gollnow gehörigen Neubau Kaiser-Wilhelmstraße 100 verunglückte gestern Mittag der Arbeiter Wilhelm D r a n d e n b u r g. Vermuthlich ist derselbe in Folge eines Fehltritts vom Gerüst gestürzt und dabei mit dem Kopf auf eine Mauerkante aufgeschlagen. Er wurde alsbald nach Bethanien gebracht, wo er bereits nach kurzer Zeit verstarb.

Der vor Kurzem im Dresdener Hirtenwäldchen aufgefunden Selbstmörder ist nach der hierher gelangten Photographie als der Dachpappensabrikant Eberlin von hier rekonozitir worden.

Der in der Störmerschen Fabrik bei Arnierung von Fahrdräsen beschäftigte Vermeister Stoll erkrankte am Sonnabend Vormittag plötzlich und mußte ins Krankenhaus überführt werden, wo er bald darauf unter Symptomen, welche auf Vergiftung schließen lassen, verschied. Man vermuthet, daß ihm Chankali, das bei der Fabrication der Fahrdräsen Verwendung findet, durch eigene Unvorsichtigkeit in den Mund gekommen sei.

Der Küster und Lehrer B e l z zu Pommerensdorf beging gestern die Feier seines 25jährigen Dienstjubiläums, aus welchem Anlaß Abends ein Festmahl im Wagemüllerschen Lokal stattfand.

Bei der gestern abgehaltenen Quartalsversammlung der Freien Zimnung der Schlosser und Maschinenbauer wurde dem Schloßergesellen: W. Schröder, J. Rofe, E. Rohn, W. Rieberg, H. Peters, F. Gertleke und D. Woll eine lobende Anerkennung für exakte Ausfertigung eines Gesellenstückes ertheilt.

Gestern Abend fand im Reichsgarten das von der Barbier- und Friseurinnung alljährlich als Abschluß des Fachschulunterrichts veranstaltete Schauspielen statt, an welchem 31 Lehrlinge theilnahmen. Herr Obermeister Prodomer eröffnete dasselbe mit einer Ansprache, in welcher er den städtischen Behörden für Ueberlassung der Unterrichtsräume Dank abstattete und auch der beiden Fachlehrer, Herren F. Riechert und H. Stiehm ann ergebend gedachte. Hierauf folgte das auf Musikbegleitung ausgeführte Frisiren, bei dem zunächst Drennfüruren und sodann nasse Frisuren vorgeführt wurden. Zum Schluß erfolgte die Vertheilung der Zeugnisse und Preise. Letztere erhielten: Für Knippschneid: Franz Desfray und Mich. Window (bei Herrn Brodmeyer), Wandy (bei Herrn Franz), Wohlgenuth (bei Herrn Diegmeyer) und Werner (bei Herrn Werner-Altdamm); für Haarbrennen und Frisiren: Olenke (bei Herrn H. Stiehm ann), Leibniz (bei Herrn Diege-Grabow), Freudenfeld (bei Herrn G. Herrmann) und Schirmmeier (bei Herrn Zent). Die Schüler überreichten den beiden Fachlehrern als Zeichen ihres Dankes theilweise Geschenke.

In der Zeit vom 1. bis 7. April sind hierseits 30 männliche und 19 weibliche, in

gen matt, per April 14,10, per September-
Dezern 14,35. Wehl ruhig, per April 44,20,
per Mai 43,95, per Mai-Juni 44,25, per Mai-
August 45,35. Wehl matt, per April 57,00,
per Mai 49,25, per Mai-August 49,25, per
September-Dezern 50,00. Spiritus matt,
per April 36,75, per Mai 37,00, per Mai-
August 37,50, per September-Dezern 37,50.
— Wetter: Feil.

Paris, 9. April. Nachmittags. Kupfer
zunder (Schlußbericht) beh., 88% into 35,50
bis —. Weißer Zunder ruhig, Nr. 3
per 100 Kilogramm per April 37,75, per
Mai 37,87½, per Mai-August 38,00, per
Oktober-Januar 35,50.

London, 9. April. Chili-Kupfer
40¹³/₁₆ per drei Monat 41,25.

London, 9. April. 96prozent. Zava-

London, 9. April. An der Küste 1 Weizen-

adung angeboten. — Weiter: Heiter.
London, 9. April, 4 Uhr 20 Minuten
 Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)
 Engl. Weizen ruhiger, fremder kaum behauptet.
 Mehl und Mais ruhig aber stetig, Gerste und
 Hafer fest, $\frac{1}{2}$ S. höher gegen vorige Woche,
 russischer Hafer befest, $\frac{1}{2}$ S. höher. Von
 schwimmendem Getreide Weizen ruhig aber
 stetig, russischer reichlicher ausgetrieben, Gerste
 stetig, Mais geschäftslos, Weizen unverändert.
 Angekommener Kalifornier Weizen 25 gefordert.
Glasgow, 9. April, Nachmittags. Roh-
 eisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers war-
 rants 42 S. 10 $\frac{1}{2}$.
Newyork, 9. April. (Anfangs-Kourse.)
 Petroleum. Pipe line certificates per April
 67. Weizen per Juli 67, 12.

Kours.)		Plätze.	Kours v. 7.
3%	amortisirb. Rente	99,20	99,17½
3%	Rente	99,30	99,35
	Italienische 5% Rente	76,55	77 17½
3%	ungar. Goldrente	96,65	96 59

III. Orient	70,20	70,15
4% Russen de 1889	99,00	99,00
4% unifiz. Egypter	104,20	104,30
4% Spanier äußere Anleihe ...	64,87	65 ³ / ₈
Conv. T. Türken	23 58	23,62 ¹ / ₂
Türkische Loose	108,25	108,60
4% privil. T. Tür.-Obligationen ..	471,00	471,00

Frantzosen	698,75	696,25
Bombarden	—	—
Banque ottomane	626,00	629,00
„ de Paris	655,00	660,00
„ d'escompte	—	—
Credit foncier	948,00	950,00
„ mobilier	79,00	—
Meridional-Öfften	532,00	532,00

Wio Tinto-Alien	398,10	395,00
Wegantaf-Alien	827	2852,00
Credit Lyonnais	741,00	735,00
B. de France	—	4020
Tabacs Ottom.	443,00	433,00
Wechfel auf denifche Plätze 3 M.	122 ¹¹ / ₁₆	122 ¹ / ₁₆
Wechfel auf London furs	25,18	25,17 ¹ / ₂
Cheque auf London	25,17 ¹ / ₂	25,19
Wechfel Amfterdam f.	206,43	206,50

Bortungseien	22,43	22,50
3/4" Stüben	86,25	86,10
Privatdiskont	2 ¹ / ₁₆	2 ¹ / ₈

Wasserstand.

Stettin, 10. April. Im Revier 18 Fuß
— Holl — 5,65 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Rostock, 10. April. Gestern fand in der
Dynamitfabrik zu Dornitz eine heftige Explosion

Cheque auf London	25,17 ¹ / ₂	25,19
Wechsel Amsterdam f.	206,43	206,50
„ Wien f.	199,62	199,62
„ Madrid f.	414,00	410,50
Comptoir d'Escompte, neue	12,00	11 ¹ / ₂
Robinson-Büffes	150,00	150,00
Portugiesen	22,43	22,59
3/4 Russen	86,25	86,10
Privatdiscont	2 ¹ / ₁₆	2 ¹ / ₈

Süd-Limb-Artien	395,10	395,00
Suezkanal-Urtien	2827	2832,00

Bredit Lyonnais	741,00	785,00
B. de France	—	4020
Tabacs Ottom.	433,00	433,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 $\frac{1}{2}$ / ₁₆	122 $\frac{1}{2}$ / ₁₆
Wechsel auf London kurz	25,18	25,17 $\frac{1}{2}$ / ₁₆
Cheque auf London	25,17 $\frac{1}{2}$ / ₁₆	25,19
Wechsel Amsterdam f.	206,43	206,50
„ Buenos L.	199,62	199,62
„ Madrid B.	414,00	410,50
Comptoir d'Escompte, neue	12,00	11 $\frac{1}{2}$ / ₁₆
Mobinson-Aktien	150,00	150,00
Portugiesen.	22,43	22,50
5% Russen	86,25	86,10
Privatbankont	2 $\frac{1}{2}$ / ₁₆	2 $\frac{1}{8}$ / ₁₆

Wasserstand.

Im Revier 18 Fuß

Stettin, 10. April. — Zoll = 5,65 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Rosoff, 10. April. Gestern fand in der Dynamitfabrik zu Dömitz eine heftige Explosion statt, bei welcher mehrere Personen schwer verletzt wurden. Das sogenannte Säurehaus wurde in die Luft gesprengt und die Eisentheile wurden auf die benachbarten Felder geschleudert. Der Schaden in der Fabrik sowohl wie in den umliegenden Häusern soll ganz bedeutend sein.

Albazia, 10. April. Gestern Abend um 8 Uhr 45 Minuten warf das Schulschiff „Violette“, sowie die Yacht „Christiane“ hier Unter. Die Krüngen begrüßten die Schiffe durch abgefeuerte Raketen. Der Kaiser begab sich sofort ans Land und wurde von den zahlreich angemeldeten Kurgästen mit kühnlichen Hochrufen begrüßt. Die Feuerwehre bildete mit Fackeln Spalier.

Mantua, 10. April. Der Direktor der hiesigen Volksschule, Dr. Belacti, ist wegen Unter-

die Luft gesprengt und die Eisentheile wurden auf die benachbarten Felder geschleudert. Der Schaden in der Fabrik somohl wie in den um-

Abgabe, 10. April. Gestern Abend um 8 Uhr 45 Minuten warf das Schullschiff „Volkte“, sowie die Yacht „Erisfable“ hier Unter. Die Prinzen begrüßten die Schiffe durch abgefeuerte Raketen. Der Kaiser begab sich sofort ans Land und wurde von den zahlreich angekommenen Kurgästen mit stürmischen Hochrufen begrüßt. Die Feuerwehrl bildete mit Raketen Saläter.

Wantua, 10. April. Der Direktor der hiesigen Volkshand, Dr. Belacki, ist wegen Unter-

Mantua, 10. April. Der Direktor der hiesigen Volksbank, Dr. Belacchi, ist wegen Unterschlagung von mehr als 10,000 Lire verhaftet.

Amsterdam, 10. April. Neben der freien Frauenvereinigung, die sich für Holland eine Vereinigung für das Wahlrecht der Frauen gebildet, welche ausschließlich die Anerkennung des Rechts der Frauen, selbst Vertreter in das Parlament zu wählen, anstreben soll.

Antwerpen, 10. April. Es wird versichert, daß während der Ausstellung hier veritable Stiergefege stattfinden werden. Die Stierabhaltung hatte die Genehmigung zwar erwieget, doch

Paris, 10. April. Bezugnehmend auf die

vom „Sigar“ angeforderte Veröffentlichung einer Unterredung, welche sein römischer Korrespondent angeblich mit König Humbert gehabt haben will.

und in welcher sich der König günstig über eine kommerzielle Verständigung mit Frankreich, sowie über eine Verbesserung der politischen Beziehungen beider Länder ausgesprochen haben soll, publiziert der „Temps“, dessen Beziehungen zur Regierung bekannt sind, ein sensationelles Telegramm aus

Rom, in welchem mitgetheilt wird, daß in den nächsten Tagen eine sehr hoch gestellte Persönlichkeit zu Gunsten des Handelsvertrages mit Frankreich eine öffentliche Vortragsung veranstalten wird.

Man glaubt jedoch hier nicht, daß der Augenblick sehr geeignet sei, um mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, da die französische Regierung und

Venedig, 10. April. Wie nachträglich aus angeblich zuverlässigster Quelle verlautet, sollen Kaiser Wilhelm und König Humbert am letzten

Tage ihres Beisammenseins zwei Stunden allein über wichtige politische Angelegenheiten verhandelt haben.

französische Matrosen des Kreuzers „Hirondelle“ von fünf Italienern überfallen und schwer verletzt, so daß sie nach dem Lazareth überführt werden mußten.

Newyork, 10. April. Zu der Feuersbrunst im Hotel Davidson in Milwaukee wird weiter gemeldet, daß 35 verkohlte Leichen aufgefunden wur-

den und daß 25 Personen vermißt werden, die sich unter den Trümmern des zerstörten Hotels befinden dürften. Bei den Rettungsarbeiten wurden 10 Feuerwehrleute schwer verletzt. Neben

Wien, 10. April. Der Kaiser hat die Nachricht von dem Brande in der Fabrik der Herren *W. & A. Schott* in *St. Pölten* mit Interesse verfolgt. Der Schaden in der Fabrik sowohl wie in den umliegenden Häusern soll ganz bedeutend sein.

Abbazia, 10. April. Gestern Abend um 8 Uhr 45 Minuten warf das Schulschiff „*Molite*“, sowie die Yacht „*Cristifabbe*“ hier Anker. Die Bringen begrüßten die Schiffe durch abgefeuerte Raketen. Der Kaiser begab sich sofort ans Land und wurde von den zahlreich angefahrenen Kurpässen mit förmlichen Hochrufen begrüßt. Die Feuerwehre bildete mit Fackeln Spalier.

Wanua, 10. April. Der Direktor der hiesigen Volksschule, *Dr. Belacki*, ist wegen Unterschlagung von mehr als 100.000 Lire verhaftet worden.

Amsterdam, 10. April. Neben der freien Frauenvereinigungen hat sich für Holland eine Vereinigung für das Wahlrecht der Frauen gebildet, welche ausschließlich die Anerkennung des Rechts der Frauen, selbst Vertreter in das Parlament zu wählen, anstreben soll.

Antwerpen, 10. April. Es wird versichert, daß während der Ausstellung hier veritable Stiergefechte stattfinden werden. Die Stadtverwaltung hatte die Genehmigung zwar verweigert, doch soll die Regierung um die Bewilligung angegangen werden.

Paris, 10. April. Bezugnehmend auf die vom „*Gigaro*“ angekündigte Veröffentlichung einer Unterredung, welche sein römischer Korrespondent angeblich mit König Humbert gehabt haben will und in welcher sich der König günstig über eine kommerzielle Verständigung mit Frankreich, sowie über eine Verbesserung der politischen Beziehungen beider Länder ausgesprochen haben soll, publizirt der „*Temps*“, dessen Beziehungen zur Regierung bekannt sind, ein sensationelles Telegramm aus Rom, in welchem mitgetheilt wird, daß in den nächsten Tagen eine sehr hoch gestellte Persönlichkeit zu Gunsten des Handelsvertrages mit Frankreich eine öffentliche Kundgebung veranlassen wird. Man glaubt jedoch hier nicht, daß der Augenblick sehr geeignet sei, um mit französischer Verhandlungen anzuknüpfen, da die französische Regierung und die Kammer dieselben ablehnen würden.

Venedig, 10. April. Wie nachträglich aus angeblich zuverlässiger Quelle verlautet, sollen Kaiser Wilhelm und König Humbert am letzten Tage ihres Besammenseins zwei Stunden allein über wichtige politische Angelegenheiten verhandelt haben.

Tunis, 10. April. Gestern wurden zwei französische Matrosen des Kreuzers „*Girondelle*“ von fünf Italienern überfallen und schwer verletzt, o daß sie nach dem Lazareth überführt werden mußten.

Newhork, 10. April. Zu der Feuersbrunst im Hotel *Darwin* in *Wilwaukee* wird weiter gemeldet, daß 35 verhehrte Leiden eingekunden wurden und daß 35 Personen vermißt werden.

dem Hotel ist auch noch ein Theater zerstört worden.